

Thema	Prinzip	Erklärung	Beispiel
Grundlagen	Grundsätzliche Aufgabe Sozialrecht	- Menschenwürdiges Dasein sichern Soziale Sicherheit ↔ Soziale Gerechtigkeit	
	Formell ↔ Materiell	Sollzustand: - GG: formal (SOLL) alle gleich - SGB: materiell (SOLL) alle gleich	
	Normenpyramide	1. GG 2. Gesetze 3. Rechtsverordnung, Satzungen 4. Verwaltungsakt	
	Gesetzgebungskompetenz	- Manchmal nur Bund - Manchmal konkurrierend: Weder Bund noch Länder	
	Verwaltungskompetenz	Kompetenz Gesetze auszuführen (exekutiv)	
Instrumente Sozialpolitik	3 Arten von Leistungen	- Geldleistungen - Existenzsicherung - Sachleistungen - Krank, Unfall, Pflege - Dienstleistungen - Uno-acta Prinzip: Dienstleistung = Koproduktionskosten	Geld: Wohngeld Sach: Gutscheine Dienst: ärztl. beratung
Prinzipien Sozialpolitik	Äquivalenzprinzip	Eigenverantwortung, ↑ Beitragszahlung = 1 Sozialeleistungen	
	Solidarprinzip	Solidargemeinschaft unterstützt bei der Bewältigung von Leidenslagen	Krankenkasse, Rente
	Verrechtlichung	Erwerbsarbeit ==> Folge von Schaden ==> Soziales Versicherungssystem	Krankenkasse
	Kausalitätsprinzip	Ursache → Leistungsauslösender Bedarf	
	Finalitätsprinzip	Leistung ist Zielorientiert → Hilfe zur Selbsthilfe	
Funktionen & Ziele von Sozialpolitik	Prävention	Schaden(-sgefahr) unwahrscheinlicher machen oder verzögern	
	Konstitution	- Zwang/Pflicht zu abhängiger Erwerbsarbeit - Konstitutiv für Wirtschaftssystem	ALG2

1

	Kompensation	- Quellen der Existenz sichern - Eigenverantwortliches Leben sichern - Schutz durch Umverteilung	
	Ziele Sozialpolitik	- Trennung Erwerbsarbeit ↔ Privatleben - Überwindung Notstand	
Umverteilung	Interpersonell	Steuern/ Versicherung helfen denen mit sozialem Risiko	
	Intergenerativ	Leistung für zukünftige und ältere Generation	
	Immateriell	Angebote öffentlicher Träger	
	Systeme	- Beitragsfinanziert - Steuerfinanziert - Misch	Sozialversicherung (Beitrag) Versorgung und Fürsorge(Steuer)
	Dilemma der Umverteilung	1. Höherer Beitrag = weniger Einkommen 2. Transparenz 3. Trittbrettfahrer	1. x 2. ideologischer Umgang 3. Staatsverschuldung/Neid
ABSCHNITT 2			
Arbeitslosenversicherung	Ziel	1. Finanzielle Sicherung bei Arbeitslosigkeit 2. Hilfe bei Arbeitsfindung	
	Voraussetzung	- in letzten 2,5 Jahren 1 Jahr Versichert sein - Agentur für Arbeit als Arbeitslos gemeldet	

2

	Arbeitslosigkeit definition	- Beschäftigungslosigkeit (<15h/Woche) - Eigenbemühung - Verfügbarkeit - Objektive → körperl/geistig geeignet und erreichbar - subjektive → Arbeitsbereitschaft	
	Höhe und Dauer	- 6 - 12 Monate - 60% Leistungsentgelt (Nettoentgelt/Tag)	
	Teilzeitarbeitslosengeld	von 2 jobs fällt 1 weg; 6 Monate auszahlung	
	Minderung/Ruhe	Urlaubsgeld, andere Sozialleistungen, Versicherungswidriges Verhalten, Streiken (sonst Missbrauch als Streikkasse)	
Leistungen aktiver Arbeitsförderung	Beratung & Vermittlung		
	Aktivierung & Eingliederung	geld für umzug, beschaffung	
	Berufswahl & Ausbildung	orientierung	
	Weiterbildung	kostenübernahme	
	Unterstützung neuer Erwerbstätigkeit	geld an neuen Arbeitgeber	
	Kurzzeitarbeitergeld	vereinbarte Arbeitszeit vorübergehend abgesetzt	
	Transferleistung	Beschäftigungswirksame Maßnahme	
	Teilhabe behinderter Menschen		
	Arbeitsersatzleistung		
	Insolvenzgeld		
	Agentur für Arbeit	- Nürnberger Zentrale - Regionaldirektion - Agenturen für Arbeit - Statistiken	

3

		- Arbeitsmarktforschung	
	Finanzierung	- Arbeitnehmer - Arbeitgeber - Bund	
Rentenversicherung	Generationenkonflikt	Demografischer Wandel (Rentnerrepublik - Stefan Schulz)	
	Teilhabe im Alter	1. Individuell → Lebensunterhalt 2. Gesellschaftlich → Konsens 3. Institutionell → System der Leistungen	
	Säulen der alterssicherung	1. Betriebliche Altersversorgung → Ergänzungsfunktion 2. Öffentlich-rechtliche Pflichtsysteme → Regelsicherungsfunktion 3. Private Vorsorge → Ergänzungsfunktion	1. Direktversicherung, Pensionskassen 2. Gesetzliche Rente, beamtenversicherung, Landwirte, Berufsständisch 3. Riester, Basisrente, privatrente
Gesetzliche Rentenversicherung 1	Aufgabe	⇒ Auszahlung von Renten	
	Anspruchsberechtigung	- alle angestellten - Künstlersozialversicherungsgesetz - familienangehörige	
	Träger	- Bund - Knappschaft-Bahn-See - Regional	
	Finanzierung	- Arbeitnehmer - Arbeitgeber + Parität Umlageverfahren (junge finanzieren alte)	
	Politikziele	stabiler Beitrag, dynamische Rente Rentner an Wohlstand beteiligen	
	Leistungen	- medizinische Prävention - Teilnahme am Arbeitsleben (behinderte)	
	Voraussetzung	kausalitätsprinzip	wer alt wird

4

			bekommt geld
Gesetzl. Rentenversicherung 2	3 Arten	- wegen Alter - wegen verminderter Erwerbstätigkeit - wegen Tod	
	Grundsätzliches	auf antrag, bezug mehrerer Renten möglich	
	Wartezeiten	1. Regelaltersrente 5 Jahre 2. Vermind. Erwerbstätig 5 Jahre 3. Bergleute 5 Jahre 4. Arbeitslosenrente 15 Jahre 5. Frauenrente 15 Jahre 6. Bergleute lang 25 Jahre 7. Langversicherte 35 Jahre 8. Schwerbehinderte 35 Jahre 9. besonders lang v. 45 Jahre Bei Tod: 10. Witwen/er Rente 5 Jahre 11. Erziehungsrente 5 Jahre 12. Waisenrente 5 Jahre	
	Rentenformel	Rente = Rentenart * Zugangsfaktor (oft 1) * Persönl. Entgelt (: Rente - : Entgeltpunkte) * Aktueller Rentenwert	
	Riesterrente (privat)	Rentenversicherung/ Fond/ Bausparvertrag nicht jeder kann es sich leisten Ziel: Rente an Kapitalmarkt statt Arbeitsmarkt binden	
	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Systemprobleme ⇒ niedrige Rente ⇒ abfangen Grundsicherung keine Versicherung, durch Steuern finanziert eigenverantwortliche misslage ⇒ keine Grundsicherung	
	Zukunft	Grundmuster: weniger staatlich, mehr privat demografischer wandel	
	Umlage vs. Kapitaldeckungsverfahren	Umlage: - in Kasse einzahlen → angepasste Rente direkt an Rentner zurück Kapitaldeckung:	

5

		- Eigenes Vorsorgekonto, nur reiche	
Krankenversicherung	Krankenversicherung	= Gesetzl. Krankenversicherung, private Krankenversicherung, sonstige Sicherungen (Unfall, Rente, Sozialhilfe, Kriegsversorgung,...)	
	Finanzierung	Mitglieder + Arbeitgeber + Steuern ==fließt in==> Gesundheitsfond ==Aufteilung mit Grundpauschale==> Krankenkassen weitere Kosten durch Kassenzusatzbeitrag decken (wurde immer teurer)	
	Versichert	<u>Gesetzlich:</u> - Versicherungspflicht - Arbeitnehmer - Ehegatten - Kinder - Studierende - Freiwillige <u>Privat:</u> - Hohe Einkommen - Beamte - Selbstständige - Schwerer austritt - wechsel unmöglich ab Alter > 55 J.	
	Aufgaben	Solidarität, Eigenverantwortung Prävention, Behandlung	
	Krankheit	neue definition an neuere wissenschaft angepasst, inkludiert grenzfälle	
	Gesundheit	Individuen können Rollenfunktion erfüllen	
Krankenversicherung Prinzipien	Sachleistungsprinzip 1	Behandlung statt Geld ⇒ Intransparenz ⇒ kein Anreiz zur sparsamen Inanspruchnahme	
	Sachleistungsprinzip 2	Gegenstück zu 1 Kostenerstattungsprinzip	
	Solidaritätsprinzip 1	Äquivalenzprinzip	↑ Einzahlung ⇒ 1 Leistung

6

	Selbstverwaltungsprinzip	Krankenkassen selbstverwaltet statt Staatsverwaltet ⇒ hat sich bewährt braucht hohen konsens	vgl. Befehlskette bei Armeen westl. armee bekommt ziel, soldaten sollen es gut erfüllen russische armee führt befehl vo oben hierarchisch aus westl. brauchen bessere ausbildung um gut urteilen zu können
	Gliederungsprinzip	regional, berufsstand, branche ⇒ konzentrationsprozesse innerhalb der KK	
Soziale Fürsorge und Hilfen	Die existenzielle Sicherung der Lebensgrundlagen ist Voraussetzung freihetlicher Lebensgestaltung		
	2 Gliedrig organisiert	1. Sozialhilfe 2. Grundsicherung für Arbeitssuchende → beide pauschalisiert	
Prinzipien	Existenzsicherung		
	Subsidiaritätsprinzip	Auffangsystem wenn Individuum zu schwach ist	
	Finalitätsprinzip	⇒ Zielgeleitet: Hilfe zur Selbsthilfe (Selbsthilfeverpflichtung)	
	Gegenwärtigkeitsprinzip	nur Aktuelle Probleme, keine Vergangenen begleichen	
	Steuerfinanzierung		
	Träger	1. Sozialhilfe: örtliche Zuständigkeit → lokale Jobcenter 2. Arbeitssuchende: Örtlich & Überörtlich	
Anspruchsberechtigung	Arbeitssuchende	- arbeitende ⇒ nicht auszubildende - Dienst, Geld, Sachleistungen	
	soziale Fürsorge	Wenn Selbsthilfe unmöglich ist und niemand	Gesundheit,

7

		sonst Hilfe ⇒ teilnahme an Gemeinschaft ⇒ Menschenwürdiges Leben	Pflege, soziale Schwierigkeit, andere Lebenslagen
	Wohngeld	angemessenheit der Wohnung Träger; Behörden Faktoren; Anzahl Bewohner, Miethöhe, Haushaltseinkommen finanzierung; 50% steuern	
	Kinder und Jugendhilfe	Sozialisationsdimension: Schule, Familie jeder Junge Mensch hat Recht auf förderung Persönlichkeitsrecht garantieren Eltern: Pflege & Erziehungsrecht Staat = "Wächteramt" Trägerpluralität: Angebote werden geschaffen, wahrnehmung nach wahl und wunschrecht, bei kindeswohlgefährdung ⇒ Jugendamt Finanzierung: Land/Kommunen, freie träger	
	Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)	Unterhaltsrecht Eltern → Kinder auffangen Familienunterhalt/Trennungsunterhalt Subsidiarität (Auffangen) Träger: Länder, Bezirks Jugendämter finanzierung: steuern, Länder & Gemeinden	
	Asylbewerber	Ziel: verfolgten schutz gewähren polit. verfolgte nicht wirtschaftsflüchtlinge genfer flüchtlingskonvention ⇒ nationales Bundesrecht Eu Mitgliedsstaaten ⇒ Dublinverfahren regelt zuständigkeiten BAMF (bundesamt für migration und flüchtlinge) entscheidet über anträge quotenverteilung auf bundesländer kommunal organisiert wer? aufenthaltsgestaltung, anreise über flughafen, familienmitglied mit zugelassenem antrag haben	

8

		finanzierung: Bund, länder (viel) landkreis, gemeinde (wenig)	
Versorgung s & Entschädigungsrecht	Grundsätze der Entschädigung	besonderes Opfer notwendig, unerwartbarer Schaden Anspruch haben Geschädigte & Hinterbliebene	
	Kausalitätsprinzip	Kausalkette: Objekt (militär. Werkzeug) ⇒ Schädigendes Ereignis (Verletzung) ⇒ Gesundheitsschaden (Primär/Sekundär) ====> Leistung	
	Zersplitterung der Zuständigkeit	Krankenkassen → Krankenbehandlung Unfallkassen → Hilfsmittelversorgung Pflegekassen → Pflegeleistungen rest: landesbehörden	
Spezialfälle	Kriegsopferentschädigung Bundesversorgungsgesetz BVG	Träger	Länder (Krankenkassen, versorgungsämter)
		Finanzierung	Steuern
		Voraussetzung	Handlung Bundeswehr oder WW2 Sonderopfer
		Ausschluss	Abtsichtige Schädigung, Verbrechen gegen Rechtsstaat/Menschlichkeit in NS
	Weiteres	Vergleichbar mit Unfallversicherung Hohe entschädigung	

9

Gewaltopferentschädigung	Opferentschädigungsgesetz OEG	Träger	Landesbehörde (BVG träger)
		Finanzierung	Bund + Länder
		Voraussetzung	Gewaltopfer & Hinterbliebene
		Ausschluss	Selbst verursachter Schaden
		Weiteres	Staat kein Teil der Kausalkette, aber entlastet wegen Sozialstaatsprinzip
Impfschäden		Träger	Land, BVG Behörde
		Finanzierung	Land mit Steuern
		Voraussetzung	öffentl. empfohlene Impfung, gesetzl. verordnet 6 Monate Schaden
		Weiteres	Spezialfall Corona: Bundesministerium statt Ländern empfiehlt (nicht rechtskräftig) Bei Quarantäne Antrag auf entschädigung
Wehrdienstbeschädigung Soldatenversorgungsgesetz SVG		Träger	Bundeswehrverwaltung
		Finanzierung	Bund mit Steuern
		Voraussetzung	Schaden im Wehrkontext Soldat/Hinterbliebene
		Ausschluss	selbst herbeigeführter Schaden
		Weiteres	Beweiserleichterung durch Wahrscheinlichkeit
Häftlingshilfegesetz			

10

Speziell für Personen aus sowjetischer Besatzungszone und Spätaussiedler		Träger	BVG Behörde
		Finanzierung	Bund aus Steuermitteln
		Voraussetzung	1. Staatszugehörigkeit 2. polit. Verhaftung 3. in Ostgebiet 4. aufenthalt in DE
		Ausschluss	1. DDR unterstützt 2. in 2WK für 3. Reich verbrechen 3. nach 1945 >3 J. Haft
		Weiteres	
Soziale Förderung	generelles	Regierung hat große Freiheit - gesetzliche mindestförderung eingeführte Förderung schwer abzuschaffen	Elterngeld, Kindergeld
	Sozialstaatsprinzip	⇐ Ausbildungsförderung ⇐ Bedürftigkeit auszubildende	
	Leistungen	Darlehen, Zuschüsse	Bafög, Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)
	Zuständig	Länder	
	finanzierung	Steuern	

11

Arten sozialer Förderung	Bundesausbildungsförderung = BAFÖG	Anspruch: Bedürftige Personen in Ausbildung < 45 Jahre alt maximal gesamter Ausbildungszeitraum Arten: Ausbildung/Studium als Darlehen oder Zuschuss Zuständigkeit: Länder, Ämter für Ausbildungsförderung, Studierendenwerke Bewilligungsverfahren in 2 Stufen: 1. Antrag an Amt für Ausbildungsförderung 2. Förderung über Bundesverwaltungsamt	
	Berufsausbildungsbeihilfe = BAB	Ziel: Erstqualifizierung ermöglichen um Fürsorgekosten zu verringern Zuständigkeit: Agentur für Arbeit Finanzierung: Steuern Anspruch: auszubildende	
	Aufstiegsfortbildungsförderung = AFBG	Ziel: Unterstützung Aufstiegsfortbildungen Zuständig: Landesbehörden Anspruch: Vorqualifizierung, verhalten was erfolgreichen abschluss erwarten lässt (Eigenverantwortung) Maßnahmen: 1. Maßnahmebeitrag (Fortbildungs) 2. Unterhaltsbeitrag (Lebensunterhalts) Dauer: 24 Monate vollzeit, 48 Monate Teilzeit Verrechnung mit Vermögen und Einkommen Bewilligungsverfahren in 2 Stufen 1. Landesbehörde bekommt Bescheid 2. Auszahlung durch Kreditanstalt für Wiederaufbau	

12

	Familienleistungen	<p>Ziel: Familienpolitik umsetzen, abhängig vom Haushalt, berücksichtigung Work life balance, Teilhabe und Chancengleichheit</p> <p>Kinderfreibeträge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Finanzamt berechnet ob Kinderfreibetrag oder Kindergeld sinnvoller ist - Hohes einkommen: Kinderfreibetrag, niedriges Einkommen: Kindergeld - Wenn Kinderfreibetrag kommt wird Kindergeld zurückgezahlt <p>Kindergeld:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Antrag bei Familienkasse - Solange ausbildung besteht, < 25 J. - Monatlich - 1 Kinder => 1 Kindergeld pro Kind <p>Elterngeld:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Staatl. Transferleistung - Leistungsausgleich für Kinderbetreuung - < 32h/Woche arbeiten - Basiselterngeld vs. Elterngeld PLUS <p>Basis:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 2 -14 Monate je nach Situation - freies Aufteilen Elterngeld - 1 Kinder => 1 Elterngeld - von Verdienst abhängig <p>PLUS</p> <ul style="list-style-type: none"> - ab 14. Monat bis 28 Monate - Ziel: Familie + Beruf stärken - nach Geburt in Teilzeitarbeit <ul style="list-style-type: none"> - Partnerschaftsbonus: <ul style="list-style-type: none"> - Beide Eltern in Teilzeit => 4 Monate mehr Elterngeld <p>Mutterschaftsgeld</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gehaltersatz während Beschäftigungsverbot - 6 Wochen vor Geburt bis 8 Wochen nach Geburt - Mutterschutzlohn: von Arbeitgeber bezahlt, Durchschnittsgehalt der letzten 3 Monate 	
--	--------------------	---	--

13

		Landesfamilienförderung	
		- Betreuungsgeld (für private Betreuung des Kindes)	
3. Abschnitt			
Wandel der Arbeit	1 Digitalisierung	<ul style="list-style-type: none"> - Neue Arbeitsbedingungen - Chancen & Risiken - neue Kompetenzen <p>Diskurs:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Strukturwandel: <ul style="list-style-type: none"> - Verteilung von Arbeit - Einkommen - soziale Machtpositionen - These der beschleunigten Transformation: <ul style="list-style-type: none"> - Digitalisierung als Automatisierung der Arbeitswelt - Mehr Bildung/qualifizierung - universionelle Qualifikationen <p>Zukunft:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bekämpfung ungleichheit durch stärkeren Sozialstaat - Gleichstellung Frauen Männer - Erneuerung arbeitsbegriff 	Hatz 4: + erfolgreiche Integration in Arbeitsmarkt - geringes Wachstum Reallohne, Verschärfung Ungleichheit
	2 These vom Ende der Arbeitsgesellschaft/ Null Grenzkosten Gesellschaft/ Projekt 0	<p>Problem der These:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Teilhabe Frage - begrenzte Güter => begrenztes Wachstum - kein politisches Konzept für Gesellschaft ohne Arbeit - unrealistisch <p>Ziel der These:</p> <ul style="list-style-type: none"> - maximale Selbstverwirklichung - "Freiheit vor Gesellschaft" statt sozialliberale "Freiheit in Gesellschaft" 	

14

	3 Polarisierungstheese	<ul style="list-style-type: none"> - Ergänzendes BGE statt neuer Gesellschaftsentwurf - Vorbereitung auf Strukturwandel - Konzentration auf bisherigen technischen Fortschritt - Nicht: Technologie bekämpfen sondern: Gewinne gerecht verteilen <p>Probleme:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gleicher Wohlstand mit weniger Arbeit? - kleine BtEriebe schwächen atypische Beschäftigungen - Abweichung meritokratischer Vorstellung (Leistung) besonderer Verdienst bestimmt Position in Gesellschaft) <p>Lösung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - BGE nutzen um Individuen auf Arbeitsmarkt zu stärken - Staatlicher Fond als Finanzierung 	
	4 These der Aneignungsungleichheit	<ul style="list-style-type: none"> - Wandel der Arbeit statt Ende - Digitalisierung entkoppelt Lohn von Produktivität - stärkere Teilhabe an wirtschaftlicher und sozialer Position - Versicherung vor unvorhersehbaren entwicklungen im Leben - Soziale Teilhabe durch automatisierung - Zugang zu Kapital bestimmt Erfolg - 1 Automatisierung => 1 Vermögensungleichheit <p>Lösung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bildungsinvestition - Teilhabe als Ziel - Ausbau öffentlicher Dienst - Umverteilung Digitalisierungsdividende 	

15

	Zusammenfassung	Libertäres Lager: These vom Ende der Arbeit	
		These 3 & 4 => BGE	
		These 1 & 4 => sozialpolit. Intervention	
		These 1 & 3 & 4: => Bildungsinvestition, Digitalisierungsdividende	
	Position	Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeit	Zusätzliches Umverteilungsvolumen
	1	Beschleunigte Transformation	Flexibilisierung und Weiterbildung
	2	Ende der Arbeit	Grundehinkommen, Alimente, Gratis güter
	3	Polarisierung	Grundehinkommen, Sozialistisch- und Beibehaltung emanzipativ* alter Institutionen, Umverteilung
	4	Aneignungs ungleichheit	Umverteilung, „Sozialdemo, Anspruchsrechte, kratisch“ Aufwertung neuer marktferner Tätigkeiten
Industrie 4.0	Flexibilisierung	Kommunikation nicht Zeit & Ortsgebunden => Verstärkte Konkurrenz	Arbeit => Privatleben
	Kybernetik	effiziente Steuerung	Kontroll- & Überwachungstechniken
		Ineffizienz => Feedback	1 Selbstkontrolle => 1 Selbstoptimierung

16

	Psychosoziale Folgen	↑ Stress => ↑ psychische Krankheiten	
		unerfüllbare Rollenerwartung (Vater => Chef)	
		Mehr Einsamkeit	
	Gesellschaftliche Auswirkungen	Hobbes => Krieg aller gegen alle	
		Egoismus kann nur durch selbstschädigung überwunden werden	
	Ideologie	Angst vor sozialem Abstieg	Neue Rechte; Rassismus statt Umverteilung
		Abwertungsdiskurse	soziale Ängste => nationaler Kapitalismus
		Sündenbocktheorie => Diskriminierung	keine Antworten auf Ursachen
	BGE	Selbstbestimmung	
		ermöglicht soziale Teilhabe	
		Diskursverschiebung von Gesellschaftlicher auf Individuelle Ebenen	
Corona	Verschärfung globaler Armut	1. Direkte Pandemieauswirkungen	
		2. Wirtschaftliche Folgen Lockdown	
		3. Globale Rezession	
	Zunahme Armut in globalem Norden	1. Ausgangssperre => weniger Einkommen	Die, die sowieso schon Probleme haben leiden am meisten => Schere
		2. Tourismus fällt weg	
		3. Schwarzarbeiter verarmen	
		4. Mittelstand -- Armut	
		5. besonders betroffen:	
		a. Junge	
		b. Alte	
		c. Frauen	
		d. Prekäre	
	Schulschließungen	=> Kinderarbeit, spätere Einkommen verringert	

17

	Wachsende Verschuldung	Welle 1: zu wenig Pflegekräfte	Schlechter Zustand des Gesundheitswesens sichtbar
		Welle 2: zu wenig Pflegekräfte	
		- zu wenig Pflegekräfte	
		- zu wenig Betten => moralische Probleme	
		Sterberisiko ab 44 steigt stark	
	Generationenvertrag	Junge haben mehr wirtschaftliches Risiko	weniger Jobangebote
	Politik	1. Instrumentalisierung	
		a. Krise als Vorwand für eigeninteresse	
		i. unter und übertreibung	
		b. verstärkte polarisierung feuert ideologische Diskussionen an	
		2. Widerstand	
		a. Proteste	
		b. Koalitionskonflikte	
		3. soziale Polarisierung	
		a. arme besonders getroffen	
		b. Frauen (insb. Mütter)	
Freiheit vs. Sicherheit	Verteilungsgerechtigkeit	fehlende Philosophie des Sozialstaates => Ausbeutungsgefahr	Umverteilung
	Verfassungsrecht	Intransparente Nutzung von Abgaben	Gefährdung Freiheitsrechte
	Sozialstaatsbegründung	Sozialstaat muss passen in:	
		1. Menschenrechte	
		2. Rechtsstaatlichkeit	
		3. Demokratieordnung	

18

	Fürsorgen	<p>Daseinsfürsorge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundversorgung sichern - Wechselseitige Nichtschädigung ⇒ Wechselseitige Hilfe <p>Freiheitsfürsorge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Freiheit nur mit Ressourcen möglich - Daseinsfürsorge + Selbstbestimmungsrecht <p>Demokratiefürsorge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rousseau: - Demokratie = JEDER partizipiert - Schaffung Belohnungssystem für selbsterklärende Opfer <p>Gleichheitsfürsorge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Egalitarismus - Chancengleichheit herstellen (Natur und Markt ⇒ Ungleich) - Produktiver Kern Subjektivität, unabhängig der Lebenssituation - Konstruktion Wunschzustand ⇒ Ausgleichszahlungen <p>Kritik Gleichheitsfürsorge:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Genetik hat Charaktereinfluss ⇒ Individuelle Begabung - Enteignung - Glück & Pech - Spaltung in Bevorzugt/Benachteiligt - Eingriff in Natur, Religion, Gentechnische Manipulation - nicht finanzierbar 	
--	------------------	--	--

Wichtige Übersichten:

	Versicherung	Vorsorgung	Fürsorge
Rechtsanspruch durch:	Erwerb und daran gekoppelte Beitragszahlung	Dienst für die Gesellschaft	Bedürftigkeit
Leistungsumfrage und Ausgestaltung	gesetzlich festgelegt, Lohnersatz-, Sach-, Dienstleistung	gesetzlich festgelegt, Lohnersatz-, Sach-, Dienstleistung	gesetzlich festgelegt, einzelfallbezogene Hilfen mit Leistungspauschalen
Finanzierung	Versicherungsbeiträge + Steuermittel (Bundeszuschuss) bzw. private Zahlungen	Steuermittel	Steuermittel
Beispiele	Gesetzliche Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung	Kriegsopferversorgung	Grundsicherung für Arbeitssuchende, Sozialhilfe, Jugendhilfe
		BaFöG = Mischform	

Position	Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeit	Sozialpolitische Instrumente	Normative Ausrichtung/Gesellschaftsbild	Zusätzliches Umverteilungsvolumen
1	Beschleunigte Transformation	Flexibilisierung und Weiterbildung	Konservativ	Keines, Umverteilung nur von Humankapital, das via Leistung zu Einkommen wird
2	Ende der Arbeit	Grundeinkommen, Alimente, Gratisgüter	Liberal bis libertär	Gering, Alimente eher eine Grundversicherung
3	Polarisierung	Grundeinkommen und Beibehaltung alter Institutionen, Umverteilung	„Sozialistisch-emanzipativ“	Mittel bis groß, universalistisch
4	Aneignungsungleichheit	Umverteilung, Anspruchsrechte, Aufwertung neuer marktferner Tätigkeiten	„Sozialdemokratisch“	Mittel bis groß, zielgerichteter Universalismus